



Sven Wieduwilt
Mitglied des Kreistages des Landkreises Hildesheim

Sitzung des Kreistages am 28. September 2017
Rede zu TOP 8, Antrag der Gruppe von SPD/CDU „Hochwasserschutzmaßnahmen“

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrter Herr Landrat,

ich habe mich zu dem Antrag 100 „Hochwasserschutzmaßnahmen“ meiner Fraktion und unseres Gruppenpartners zu Wort gemeldet.

Ich begrüße es, dass wir hier heute über die Hochwassersituation Ende Juli beraten. Über die Frage

- was war,
- was gut lief,
- wo es Schwierigkeiten und Probleme gab
- und wo Veränderungen erforderlich sind.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und zu Beginn meiner Rede einen Dank aussprechen. Einen Dank

- an die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren,
- an die Katastrophenschutzverbände und deren Einsatzkräfte,
- die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen der betroffenen Städte und Gemeinden und des Landkreises
- und natürlich den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern.

Ohne diesen Einsatz und dieses Engagement wären die Folgen des Hochwassers teilweise noch gravierender ausgefallen.

Auch wenn an vielen Stellen Einsätze gut gelaufen sind, wir wissen um die Schwierigkeiten, die es gab. Wir wissen um die teils massiven Schäden. Es gibt die Notwendigkeit zu Verbesserungen, zu Veränderungen in Abläufen und dem Zusammenspiel von Akteuren.

Es gibt die Notwendigkeit, auch über weitere Hochwasserschutzmaßnahmen nachzudenken, Hochwasserschutz zu intensivieren und Priorität einzuräumen. Denn darüber sind wir und im Klaren: Starkregenereignisse und Hochwasser werden nicht abnehmen, sie werden zunehmen.

Wir müssen als Politik hierauf Antworten geben. Manche Antworten können dabei sicherlich schnell gegeben werden, manche sollten sorgfältig entwickelt werden.

Der Antrag meiner Fraktion und unseres Gruppenpartners leitet diesen Prozess ein: Wir wollen, dass bis Mitte 2018 ein Bericht vorgelegt wird,

- der die Situation im Juli 2017 analysiert,
- Hochwasserschutzmaßnahmen identifiziert,
- Lösungen skizziert
- und erste konkrete Vorschläge unterbreitet.

Ich bin mir dabei sicher: Wir haben im Landkreis, unseren Städten und Gemeinde die Kompetenzen, um diesen Prozess zu gestalten.

Verwaltung, Feuerwehr, Unterhaltungsverbände und andere Organisationen verfügen über die Erfahrungen, Aufgabe wird nun sein, diese Kompetenzen zu bündeln und zusammenzubringen.

Wenn es um stärkeren Hochwasserschutz geht, um Veränderungen in Abläufen, um Planung neuer Vorhaben, dann sind nicht nur wir als Kommunalpolitik in der Verantwortung.

Auch Bund und Land stehen in der Verantwortung, bei ihren Planungen Hochwasserschutz Priorität einzuräumen.

Ich betone das mit Blick auf meine Heimatregion:

Es kann nicht sein, dass

- bei der Planungen des A/-Ausbaus,
- der Brückenerweiterung
- und der Planungen für das Salzgitter-Dreieck

auf Daten und Leitlinien zurückgegriffen wird, die sich auf dem Stand von 2005 befinden und jegliche Berücksichtigung aktueller Hochwasser- und Starkregensituationen bei der Planungen zurückgewiesen wird. Hier sind Bund und Land in der Pflicht und Verantwortung.

Es ist daher wichtig, dass auch wir als Kreistag Bund und Land mit einem entsprechenden Beschluss in die Pflicht nehmen. Der Antrag meiner Fraktion und des Gruppenpartners sieht das vor.

Ich würde mich freuen, wenn Sie diesem Antrag zustimmen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.